

Hallische Zeitung

vorm. im G. Schwetschke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Intentionen
für die fünfgepaltene
Zelle oder deren Raum
No. 12, 13, 14, 15, 16,
17, 18, 19, 20,
21, 22, 23, 24, 25, 26,
27, 28, 29, 30, 31, 32,
33, 34, 35, 36, 37, 38,
39, 40, 41, 42, 43,
44, 45, 46, 47, 48,
49, 50, 51, 52, 53,
54, 55, 56, 57, 58,
59, 60, 61, 62, 63,
64, 65, 66, 67, 68,
69, 70, 71, 72, 73,
74, 75, 76, 77, 78,
79, 80, 81, 82, 83,
84, 85, 86, 87, 88,
89, 90, 91, 92, 93,
94, 95, 96, 97, 98,
99, 100.

Nummer 61.

Dalle, Sonntag, 13. März 1887.
(Ausgegeben am 12 März Vormittags.)

179. Jahrgang.

Abonnements-Preis
pro Quartal 3 Mark.
Die Hallische Zeitung
erscheint wöchentlich
in jeder Ausgabe
Bor-
mungs-
Anzeige Nachm.
4 1/2 Uhr.

Zur gefälligen Beachtung!

Abonnements für das nächste Quartal (1. April bis 30. Juni) auf die

Hallische Zeitung

werden schon jetzt von der Post entgegengenommen. Jedem Abonnenten, der jetzt seine Abonnementsquittung für das nächste Quartal an die unterzeichnete Expedition einbringt, stellen wir die Hallische Zeitung gratis und franco sofort noch bis zum 1. April zu.

Die Hallische Zeitung ist in Anbetracht ihrer Reichhaltigkeit die häufigste Zeitung Deutschlands! Man bekommt mit ihr fünf Gratisbeilagen geliefert: Allwöchentliches Sonntagblatt, Landwirthsch. Mittheilungen, Roman-Beilage, Aelterliche und Parlamentsbeilage, Stenogr. Berichte der Reichstags-Verhandlungen. Bestellungen werden zum Preise von 3 Mark für halbe bei der Expedition gr. Märkerstraße 11 an den bekannten Ausgabestellen, für Auswärts bei sämtlichen Kaiserl. Postanstalten und von den Landbriefträgern entgegengenommen. Probe-Nummern stehen gratis und franco auf Verlangen zu Diensten.

Die Expedition der Hallischen Zeitung.

Halle, den 12. März.

Die Aufgabe der Hallischen Zeitung.

Wiederholt ist uns der Irrthum entgegengetreten, die Hallische Zeitung verfolgte die Ziele und Zwecke einer besonderen ausschließlichen Partidirection. Dieser Irrthum kann freilich nur bei denen bestehen, welche die Hallische Zeitung nicht oder nicht aufmerksam lesen. Man glaubt alten Gerichten von früher her, ohne sich von der Wahrheit selbst zu überzeugen.

Um denartigen, hiesweisen auch aus bösem Willen aufrecht erhaltenen falschen Gerichten zu steuern, finden wir uns veranlaßt, die Aufgaben unseres Blattes in unabweisbarer Weise zu markieren.

Die Hallische Zeitung will sein und ist lediglich das Organ aller Ordnungselemente, welche der Regierung wohlwollend, in dessen mit selbständiger Kritik gegenüberstehen. Unter diesen Elementen befinden sich für die Hallische Zeitung Parteilinien nicht. Daß wir das Vertrauen jener Elemente aus den verschiedenen Parteien, welche sich mit Recht vorzugsweise als national begreifend, befinden und durch unsere innere halb freier Genossen unparteiische Haltung immer aufs Neue erwerben, beweist die Mitarbeiterhaft von Männern aus drei Parteien an unseren Blättern.

Wir stellen die einenden Momente der nationalen Parteien höher als die besonderen Ziele der einen oder anderen unter ihnen, im Sinne des Herrn von Kardorff, der so warm für das fernere Zusammenwirken der Divisionsparteien eingetreten ist.

Es ist also falsch, die Hallische Zeitung das Organ der einen oder anderen Partei zu nennen. Sie ist und bleibt, auch wenn oder besser um so mehr als diese oder jene einzelne Partei als solche sie mit Recht nicht als spezielles Organ betrachten zu können meint, das gemeinsame Organ der im Prinzip regierungsfremden, an den politischen und sozialen Fragen positiv mitarbeitenden Elemente.

Hauptsächlich der wirtschaftlichen Fragen ist unser Standpunkt ein reichhaltiger. Durch objektives, sachgemäßes Darlegen der verschiedenen Ansichten für und wider glauben wir der Entwicklung und Förderung dieser künftigen Fragen am besten zu dienen. Schuggall und Freihandel, Monopole, Währungsfrage sollen, wie bisher schon gelehrt, nach den vorliegenden Seiten geprüft und besprochen werden. Der urtheilsfähige Leser wird die stichhaltigsten Gründe sehr wohl am besten zu würdigen. Wir stellen unser Blatt, wie bisher, der Meinung und Gegenmeinung zu Meinungen zur Verfügung. Dadurch allein schon dokumentieren wir, daß die Hallische Zeitung keineswegs das ausschließliche Organ einer einzigen Partei ist.

Die wirtschaftlichen Fragen sind keine Parteilinien. Unter den Hochkonfessionisten im Osten ist eine Agitation gegen die Getreidezölle im Gange. National-liberale stehen einem Brauntweinmonopol nicht prinzipiell ablehnend gegen über u. s. w.

Die Handwerkerfrage behandeln wir ebenfalls wie bisher. Wir wollen die Förderung des Handwerks in den von der Mehrheit der Handwerker selbst für gut zu findenden Grenzen. Auch hier schließen wir Rede und Gegrede nicht aus, überzeugt, daß durch den Austausch der Gedanken auf die Dauer mehr und besser gewirkt wird als durch einseitige Agitation.

Nach diesen Darlegungen dürfen wir wohl mit Recht die Ehre, daß man uns schlechweg ein Parteipräsident betitelt, uns schlechweg konfessionell oder nationalliberal nennt, nicht für uns beanpruden. Wohl aber dürfen wir

uns das Organ aller Elemente nennen, denen der Kampf gegen die Auswüchse sozialdemokratischer und parlamentarischer Geistes gemeinlich ist. In diesem Kampfe besteht unser Programm; auf die Parteilinien legen wir keinen direkten Beth. Die Einigkeit der national Denkenden und Wirrenden im Interesse der gemeinsamen Wohlfahrt zu fördern, ist unsere Aufgabe, nicht aber ein Parteiprogramm zu verwirklichen. Wer in diesem selbstlosen Bestreben die höchste Aufgabe unseres Staates erkennt, der halte zu uns, er wird uns willkommen sein.

Politische Mittheilungen.

++ Reichstag. Berlin, den 11. März. (Den ausführlichen Sitzungsbericht erhalten die Leser als Beilage zur vorliegenden Ausgabe. Mitglieder Friedländer als die heutige, hat wohl drei, leiten eine Reichstagsdebatte begonnen und gleichzeitig kurzweilig geendet. Erster Gegenstand der Tagesordnung war die dritte Beratung des Gelegenheitsbeschlusses, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres. Der Herr Reichstag, welcher zu einzelnen Paragraphe noch zu dem Ganzen Gehe wurde das selbe in der Fassung der Regierungsvorlage mit 227 gegen 31 Stimmen der vereinigten Fortschrittler und Sozialdemokraten angenommen. 43 Abgeordnete des Zentrums enthielten sich der Abstimmung. Als nächster Gegenstand der Tagesordnung einer von dem Abg. von Helfdriff eingebracht war, fand die Abstimmung durch Namensaufruf statt. — Zweiter Gegenstand der Tagesordnung war der von der deutsch-freiwirtschaftlichen Partei eingebrachte Antrag auf Einführung eines Heeres-Einkommenssteuern. — Der betreffende von dem Abg. Niderer in der alten geunglückte gemeinschaftlich gegen Form wieder eingebrachte Resolution fordert die Regierung befähigt auf, ein Gehe einzubringen, den zufolge die zur Erhöhung des Heeres nötigen Geldmittel auf dem Wege einer den Einkommen über 6000 M im ganzen Reich auf verlegenden Steuer aufgebracht werden sollen, und bei der Erörterung dieser heute endlich zur näheren Prüfung gelangenden „Anregung“ entspann sich eine von Minute zu Minute immer lebhafter und härter folgende Debatte, die sich über die national-liberalen ab. Dr. Winkel hat sich meist auf Überleitungen seiner Parteigenossen aus den letzteren Jahren stützenden Begründungsberichte des Herrn Niderer und wies die Unwürdigkeit und lustige Grundlegung des ganzen Projektes auf. Auch das Zentrum erließ eine Resolution, die die Regierung zu dem national-liberalen Vorhaben, den Herr v. Helfdriff sprach, unterliegen. Sodann griff der Führer der Konfessionisten, Herr von Helfdriff, in die Verhandlungen ein und ging den Freiheiten energisch zu Leibe. Herr von Helfdriff, welcher während der Verhandlungen Charakter dieser nur als agitatorischer Absicht eingebrachten Resolution und stellte fest, daß dieser „verunglückte Entwurf“ einer die Grenze der Mäßigkeit überschreitenden Finanzmaßnahme nach der übereinstimmenden Ansicht aller Parteien des Hauses nur die Sozialdemokraten ausgenommen — eine leuchtende Gegenüberstellung bringen wolle. Mit einer härteren Veranlassung der oberen Reichstagskammer zu dem allgemeinen Reichstagen erklärte sich aber auch Herr von Helfdriff Namens der Konfessionisten ausdrücklich einverstanden; nur müßte das in verständlicher, gerechter, ausführlicher Weise gehalten. An dem weiteren Verlauf der Debatte nahmen auch Herr v. Helfdriff, der Herr v. Helfdriff, Herr v. Meyer, Dr. Vardi, Niderer, sämtlich von der Deutsch-freiwirtschaftlichen Partei, für die Resolution. Herr von Kardorff nahm besondere Gelegenheit, den freiwirtschaftlichen, deren von Kardorff, den Herr v. Helfdriff, den Herr v. Helfdriff, nach Kräften bemüht, wieder einmal zum Zerstörer hinauszuweisen, die auch bei dieser Veranlassung wieder in die Augen bringende Ablehntheit ihres politischen Wissens, wie ihrer „Methode“ mit dem Herrn v. Helfdriff, in auch äußerlich, die vordere Sozialdemokraten zum Bewußtsein zu bringen und zugleich den Gegenstand zwischen dem äußerlichen linken Flügel des Hauses und den nationalen Parteien, wie nach ihm, wenn auch in weniger bestimmter Weise, auch Herr v. Winkel, führt zu markieren. Nach dem Ende der Debatte, die während sich noch eine Debatte zur Geschäftsordnung in deren Verlauf Herr v. Köller den Deutsch-freiwirtschaftlichen den von ihnen angeklagten hohen Ton als nicht der Situation entsprechend bemies und sie darauf aufmerksam machte, daß sie für ihre geringe Anzahl eine Beweise der Behauptung der Mehrheit an den nächsten Reichstag, daß die Freiheiten ein „Recht zur Einspruchsstellung“ nicht hätten, wenn man sie nicht mit unter die nationalen Parteien rechne. Sie hätten und ihre letzten Willkürungen bewiesen, daß sie eine national handelnde Partei nicht seien, darum wäre auch ihre Beurtheilung von dem in diesem Jahr sehr feinsinnigen Volke“ bei den Wahlen so nachdrücklich ausgesprochen worden. Die Konfessionisten ließen sich auf die Erträge der Wahlkommission, deren Erträge die Freiheiten in leuchtender Beurteilung zu überwinden zu bemühen. Ihren Wunsch fand die Debatte in einer Weise sehr klarer persönlicher Bemerkungen.

* Das Abgeordnetenhaus hielt gestern seine 27. Plenarsitzung ab. An Stelle des Abg. Schmidt (Zaun) wurde Abg. v. Kardorff zum Vorsitzenden gewählt. Der Antrag auf Verwendung des im Eisenbahnetat unter Titel 23 der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben vorgesehene Dispositionsfonds von 1500000 M wird durch Kenntnisnahme der Reichstagskommission über das Verfahren bei der Berechnung von 3 Millionen 100 Tausend Mark des Reichthumsrechts in zweiter Beratung angenommen. Von den Bittgebern, die zur Beratung gelangen, verdienen die Bittgebern betr. die Stellung der Lehrer an den landwirthschaftlichen Schulen wegen Beschäftigung der Lehrer an den landwirthschaftlichen höheren Lehranstalten mit denen an Anstalten staatlicher Patronats hervorgehoben zu werden. Die Kommission für das Unterrichts-wesen beantragt über die erteilte Bittgebern zur Landesregierung überzugehen, die zweite Serie von Bittgebern der Landesregierung für die baldige zeitliche Regelung der Gehaltsfrage der Lehrer an den landwirthschaftlichen höheren Lehranstalten zu überweisen. Dieser Antrag wird mit einer redaktionellen Änderung, bezüglich der zweiten Serie von Bittgebern der Kommission zugeordnet angenommen. Schluss der Sitzung 2 1/2 Uhr. (Zweiter Bericht über den nächsten Reichstags-Sitzungsbericht folgt.)

* Zum 90. Geburtstag des Kaisers. Der König von Portugal wird Sr. Majestät dem Kaiser Wilhelm zu seinem 90. Geburtstag durch den General Carneiro einen in Portugal gearbeiteten Degen überreichen lassen. — Auf Befehl der Königin von Spanien wird sich General Cordoba nach Berlin begeben, um Sr. Majestät dem Kaiser Wilhelm die Geburtstagswünsche der Königin zu überbringen.

* Die Budgetkommission des Reichstags beschließt in ihrer heutigen Sitzung die ihr überwiesenen Kapitel 24 (Gehaltsaufschlagung der Beamten) Kapitel 25 (Naturalverpflegung) sowie Artikel des Kapitels 27 des Secretats (Abgehen von den Communalorganen) unter der Bedingung, daß durch eine entsprechende Anmerkung in Disposition des Etats festgelegt wird, daß diejenigen Nationen, die in baarem Gelde an Offiziere gezahlt werden, nicht an der im übrigen bewilligten Erhöhung der Soldatentationen um je 1/2 Kgr. theilnehmen. Die Beschlußfassung über die Communalorganen wurde ausgesetzt bis zu genauer Kenntnisaufnahme des jetzt dem Bundesrat vorliegenden deutschen Antrags, wonach für bei den Mandaten mit Verpflegung emanziierte Offiziere den Gemeinden (zur Auszahlung an die Quartierherren) pro Tag 250 Mark gezahlt werden sollen, den betreffenden Offizieren von der Militärverwaltung in Abzug gebracht werden.

* Die Mittheilung des Staatssekretärs von Böttcher in der gestrigen Reichstags-Sitzung, daß man schon in der nächsten Session auf Vorlegung des Gesetzesentwurfs über die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter hoffen könne, hat mit Recht großes Aufsehen erregt. Wie hatte bisher geglaubt, dieses Gesetz für ein ferres Ideal halten zu sollen, für dessen Verwirklichung in nächster Zeit noch keine Aussichten beständen. Es muß dahin gestellt bleiben, sagt die National-liberale Korps, ob Herr von Böttcher sich nicht etwas zu optimistisch ausgedrückt hat und ob in der That schon so bald zu der gefeggebehrlichen Lösung dieses Problems geschritten werden kann. Von wesentlichem Einfluss hierauf wird die Frage des Fortgangs der Steuerreform sein. Man kann sich zwar noch kein genaues Bild von den Grundlagen machen, auf denen die Altersversorgung aufgebaut werden soll, aber ohne Anwendung größerer öffentlicher Mittel wird es nicht abgehen.

* Bundesrat. In der am 10. d. M. unter dem Vorsitz des Reichs-Präsidenten gehaltenen 25. ordentlichen Konferenz abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrats wurde über die Anwendung anderweitig zugebrachter Dienstzeit bei der Berechnung des Ruhegeldes mehrerer Reichsbeamten, über die Zulassung von Beamten, die während der Kriegsjahren bei der Bearbeitung von gemeindlichen Verträgen für die Reichs-Verwaltung eine Einlage, betreffend das Verfahren bei der Denotierung von Dramen, zur Verfügung gestellt. Der vom Ausschuss für Handel und Verkehr vorgelegte, in Bezug der Bestimmungen über den Verkehr mit Preussenschiffen auf dem Westküsten und dem Entwurf einer Verordnung über die Haftung des Reeders des Reichs-Schiffes wurde die Zustimmung ertheilt. Der Entwurf eines Gesetzes für Elb-Verträge über die Verteilung der Erträge von Gemeindlichen Verträgen über den Reichshausbau für 1883/84, der Gegenstand wegen Abänderung der Belege über die Quartierverteilung und über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden, sowie die Gestaltung eines Gesetzes, das den Antrag über die Berechnung der Ruhegehälter, betreffend die Erträge einer Ortsrenten, wurden den zuständigen Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen.

* Bei dem Studium der Abkommensskizze über die Seifen- und Sodaerzeugung, welche dem 25. ordentlichen Reichstags-Abgeordneten (3) also nicht die über die Hälfte, fast das Geseh stimmten. Von den 48 bayerischen stimmten 16 mit Ja, von 23 sächsischen 22, von den 17 württembergischen 14, von den 9 hessischen 6, ferner stimmte 11 Baden, alle übrigen nicht. Die Verhandlung über die Seifen- und Sodaerzeugung, welche den Reichstags-Abgeordneten aus den kleinen Staaten, Es ergehe sich daraus wieder, eine wie werthvolle und unentbehrliche Unternehmung große nationale Anliegen aus den mittleren und kleineren Bundesstaaten empfangen.

* National-liberaler Antrag. Die national-liberale Partei des Reichstags hat beschlossen, über die von der deutsch-freiwirtschaftlichen Partei zur Militärvorlage gestellte Resolution, betr. die Einführung einer Reichs-Einkommensteuer, den Uebergang zur Tagesordnung zu beantragen, mit der Motivation, daß so berichtigt der Gedanke an sich sei, die höheren Klassen stärker heranzuziehen, es doch B in Einzelstaaten zu überlassen sei, bei einer Reform des direkten Steuerwesens dem Gedanken näher zu treten.

* Ein deutsch-rumänischer Handelsvertrag ist infolge neuer abgelehnt, als der alte Vertrag einige Ergänzungen und Abänderungen erfahren hat. Rumänien gewährt für einzelne wichtige deutsche Gewisfuhrtartikel, wie Wolle, Garn, halb-dünne Fabrikate, gewisse Konfektionen, Eisen-, Stahl-, Holz- und Wirtenswaren u. ermäßigte Tarife. Außerdem gewährt Rumänien für eine Reihe von Artikeln, für welche in der bestehenden Konvention die rumänischen Einfuhrzölle bereits gebunden sind, eine weitere Ermäßigung der Vertrags-Zölle, so für feine Papier- und Pappwaren, für gewisse feine Wolle- und Baumwollwaren, Kaustschu- und Gattapergamentwaren u. Die von deutscher Seite zu gewährende Compensation besteht in der Freigabe einzelner durch die bestehende Konvention bei der Einfuhr in Rumänien begünstigter, für die deutsche Ausfuhr dorthin aber wenig in Betracht kommender Artikel, wie Getreide, Mehl, Petroleum, Haubholz, Talg, Waachs z. c. sowie in Bewilligung einer mäßigen Erhöhung einzelner in der bestehenden Konvention gebundener rumänischer Einfuhrzölle. Das neue Abkommen soll 3 Wochen nach der Ratifikation in Kraft treten.

* Wie die „Neue Preuss. Ztg.“ vernimmt, hat der Abg. Frhr. v. Franckenstein den Reichstagsler Fürsten Bismarck um eine Unterredung gebeten.

* Die „Köln. Ztg.“ läßt sich aus Berlin unter dem 9. März schreiben, Fürst Bismarck habe mit dem

Verkaufshäuser:
15. Breite-Strasse 14.
und
28. Brüder-Strasse 27.
Berlin C.

Rudolph Hertzog

15. 14. Breite Strasse. — Brüderstrasse 27. 28.

== BERLIN C. ==

Aufträge
von
20 Mark an,
Preislisten,
Modebilder,
Proben
franco.

Gros und Détail. — Gründung 1839. — Feste Preise.

Eigenes Haus in Plauen i. V.

für Einkauf und Veredlung der Gardinen-Fabrikate,

Die Firma unterbreitet hiermit die Mittheilung vom Eingang der ausserordentlich reichhaltigen und mannigfaltigen Collection ihrer

Neuheiten der Saison

in

Kleiderstoffen jeder Art, Seiden-Stoffen, Besatz-Stoffen, Spitzen-Stoffen und Spitzen, Stickereien, Leinenen Tafelzeugen, Schürzen,

Sonnen- und Regen-Schirmen,

Tüchern, Reise-, Schlaf- und Pferde-Decken,

Möbel- und Vorhang-Stoffen jeder Art,

Tischdecken, Gardinen, Steppdecken,

etc. etc.

Die Firma unterhält für den Verkauf weder **Zweiggeschäfte,**
noch **Reisende** oder **Agenten.**

An Sonntagen und christlichen Feiertagen bleiben sämtliche Bureaux, Versand- und Verkaufsräume geschlossen.

